

# Die deutsche Gesellschaft im »Dritten Reich«

Ulrich Herbert

Der Nationalsozialismus war eine Sammlungsbe-  
wegung ohne einheitliche, verpflichtende Dok-  
trin. Seine ideologische Bandbreite war enorm.  
Er verband Antiliberalismus, Antisozialismus  
und Antisemitismus miteinander, die Forderung  
nach Lebensraum mit der nach bäuerlichem  
Leben, die Ablehnung der Kultur der Moderne mit  
Antiintellektualismus und völkischer Schwär-  
merie, militaristischen Geist mit sakralisiertem  
Nationalismus, Rassismus mit den biologisti-  
schen Konzepten der Eugenik, den Wunsch nach  
Revanche für die Niederlage im Ersten Weltkrieg  
mit Weltmachtphantasien, völkische Sozialpo-  
litik mit der Ausschaltung von Gewerkschaf-  
ten und Tarifverträgen, Antikatholizismus mit  
Deutschchristentum. Hier fanden sich nahezu  
alle ideologischen Versatzstücke der »Großen  
Rechten«, wie sie sich seit der Jahrhundertwen-  
de und dann verstärkt nach dem Ersten Welt-  
krieg herausgebildet hatten.

Diese verschiedenen und zum Teil widersprüch-  
lichen Ideen und Interessen wurden auf zweierlei  
Weise integriert: zum einen durch die Orientie-  
rung auf den »Führer«, der diese Widersprüche  
in seiner Person auflöste und der dem Volk durch  
sein Charisma direkt verbunden zu sein schien,  
ohne auf Interessengruppen und Koalitionen  
Rücksicht nehmen zu müssen; zum anderen, und  
damit eng verbunden, durch die Parole von der  
»Volksgemeinschaft«: die Ausschaltung der plu-  
ralen politischen, sozialen und kulturellen Kräfte,  
um »Einheit« im nationalen und im rassistischen  
Sinne herzustellen. Dass mit der »Uneinigkeit«  
des deutschen Volkes die Ursachen des deut-  
schen Niedergangs beseitigt würden, entsprach  
der Überzeugung vieler, weit über den Kreis der  
Anhänger und Aktivisten des Nationalsozialis-  
mus hinaus: Gegen die künstliche soziale und  
politische Zersplitterung im modernen Parteien-  
und Verbändestaat stand hier das Postulat der  
Gemeinsamkeit von Kopf- und Handarbeit, von  
Männern und Frauen, Arm und Reich, Süddeut-  
schen und Preußen, von Katholiken und Pro-  
testanten, Liberalen und Sozialisten. Auf diese  
Weise, so die hier geweckte Erwartung, würde  
auch die politische und militärische Stärke der  
Nation wiederhergestellt und das Volk aus der

seit nunmehr zwanzig Jahren anhaltenden wirt-  
schaftlichen, politischen, sozialen Dauerkrise  
erlöst werden.

Der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen am  
5. März 1933 war schon vom Straßenterror der  
NS-Milizen geprägt, der sich in erster Linie gegen  
die Arbeiterparteien richtete. Gleichwohl war  
das Wahlergebnis aussagekräftig: Klare Wahl-  
siegerin war die NSDAP, die einen Regierungs-  
auftrag für eine rechtsautoritäre, nationalisti-  
sche Regierung erhalten hatte. Allerdings hatten  
56,1 Prozent der Wähler nicht für die NSDAP  
gestimmt, die eine Mehrheit nur zusammen mit  
der DNVP erreichte. Eine Option für eine Allein-  
herrschaft der Hitler-Partei ergab sich aus den  
Wahlen also nicht. Zählte man aber die Stimmen  
für die eindeutig verfassungsfeindlichen Par-  
teien zusammen (NSDAP, DNVP, KPD), so hatten  
mehr als 64 Prozent, fast zwei Drittel der Wähler,  
unmissverständlich gegen die Weimarer Republik  
gestimmt. Insofern war das Ergebnis eindeutig:  
Die Wähler wollten das Ende dieser Republik.  
Während der ersten zwei, drei Jahre der Diktatur  
war die Stimmung in der deutschen Bevölkerung  
geteilt. Die Anhänger der Rechten triumphierten  
und begrüßten jeden Schritt ihrer Regierung und  
jede Rede ihres Führers mit Jubel und Genugtu-  
ng. Die Indifferenten, Abwartenden bildeten die  
größte Gruppe. Angesichts der Entbehrungen  
und Enttäuschungen der zurückliegenden Jahre  
war ihnen Hitler einen Versuch wert; man würde  
sehen, ob er Erfolg hatte oder nicht. Die Anhän-  
ger der Republik, zumal der Arbeiterparteien,  
litten hingegen unter dem Terror der NS-Milizen  
und der Häme der Sieger. Aber sie setzten dar-  
auf, dass sich diese Regierung als ebenso wenig  
stabil erweisen würde wie ihre Vorgängerinnen  
und der Spuk schnell beendet sei – vergebens,  
wie sich bald herausstellte.

Dass die Umwälzungen in den ersten Monaten  
nach dem Machtantritt der Hitler-Regierung  
so tiefgreifend waren, so schnell vor sich gin-  
gen und auf so wenig Widerstand stießen, lag  
vor allem an der Energie, der Brutalität und der  
jugendlichen Begeisterung der NS-Bewegung  
– aber auch an der lähmenden Angst, die sich

unter den Gegnern und potenziellen Opfern der Nazis verbreitete. Sie wurde durch die Berichte über die Vorkommnisse in den Lagern der SA und den Kellern der Polizeipräsidien noch gesteigert. Es gelang den Nationalsozialisten innerhalb weniger Monate, nicht nur die Organisationen der Arbeiterbewegung aufzulösen, sondern auch den Zusammenhalt der Arbeiterschaft innerhalb des proletarischen Sozialmilieus zu lockern und zu entpolitisieren. Bereits Anfang 1935 ging die Gestapo davon aus, dass es einen organisierten Widerstand gegen das Hitler-Regime nicht mehr gebe.

Das war nicht nur eine Folge des Terrors, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung. 1935 war die Arbeitslosigkeit weitgehend überwunden, seit 1936 herrschte Arbeitskräftemangel – für die Haltung des überwiegenden Teils der Bevölkerung erwies sich das als ausschlaggebend. Die Erfahrung eines langfristig stabilen Arbeitsplatzes war vor allem für die meisten Arbeiter etwas Neuartiges, das sie seit Jahrzehnten nicht erlebt hatten. Das prägte die Wahrnehmung und Bewertung.

Trotz aller Volksgemeinschafts-Propaganda blieb die soziale Struktur der deutschen Gesellschaft in den 1930er Jahren aber weitgehend stabil: Der Anteil der Arbeiterschaft lag weiterhin bei etwa 60 Prozent, und an ihrer sozialen Benachteiligung gegenüber den anderen gesellschaftlichen Schichten, die von der Aufwärtsentwicklung mehr und schneller profitierten, veränderte sich nichts. Das Regime versuchte allerdings, die soziale Ungleichheit zu kompensieren: durch die propagandistische Aufwertung des »ehrlichen Arbeiters« und des »deutschen Sozialismus« sowie durch die Mobilisierung von Ressentiments gegen »Reaktion« und »Gewerkschaftsbonzen« und vor allem gegen die Juden. Das blieb durchaus nicht ohne Resonanz. Die »Volksgemeinschaft« konstituierte sich vor allem durch die Ausgrenzung der Missliebigen: der politischen Gegner des NS-Regimes, der rassistisch verfemten Juden, der sogenannten Gemeinschaftsfremden. Wer nicht zu diesen Gruppen gehörte, konnte von den Segnungen des neuen Staates profitieren. Man musste durchaus

nicht mit allen Forderungen oder Ideen der Nazis einverstanden sein, um seinen Platz im nationalsozialistischen Staat zu finden. Es reichte völlig aus, sich nicht dagegen zu stellen.

Wichtiger waren jedoch die neuen sozialpolitischen Leistungen – Familienunterstützung, Ehestandsdarlehen, vermehrte Konsummöglichkeiten, Einführung eines Mindestjahresurlaubs und das Angebot von billigen Pauschalreisen. Solche Maßnahmen brachten Hitler Respekt und Zustimmung nun auch in solchen Kreisen ein, die dem NS-Regime innerlich fernstanden. Über die Stimmung in der Arbeiterschaft schrieb ein Berichterstatter der Exil-SPD: »Man kann gegen Hitler sagen was man will, er ist doch ein Kerl ... So was macht Eindruck auf den Spießher und auch auf manchen Arbeiter und selbst auf Sozialisten.« Andererseits war vielen durchaus klar, worauf das hinauslief. »Wer die Dinge aufmerksam betrachtet«, hieß es in einer Meldung aus Westfalen, »der sieht doch, daß die ganze sogenannte Arbeitsbeschaffung und die Ankerbelung der Wirtschaft ein großer Schwindel ist. Es sind Staatsaufträge, sonst nichts. Einmal hört das auf, wenn – kein Krieg kommt.«<sup>1</sup>

Auch das Verhältnis des Bürgertums zum Nationalsozialismus war nicht widerspruchsfrei. Einerseits gaben sich die Nazis betont antibürgerlich. Die Postulate von Volksgemeinschaft und nationalem Sozialismus riefen bei Unternehmern wie im Bildungsbürgertum Erschrecken hervor. Mehr noch als die politischen Aspekte war es der plebejische Habitus der braunen Milizen, der im Bürgertum auf indignierte Ablehnung stieß, weil die »grobe Ungeistigkeit« und das laute Gebaren der Nazis in schroffem Widerspruch zur Ordnungswelt des deutschen Bürgertums stand. Zugleich waren die Nationalsozialisten aber in vielem ja selbst ein Produkt jener bürgerlichen Zivilisationskritik, die seit der Jahrhundertwende in den antiurbanen Phantasien der bündischen Jugendbewegung ebenso gepflegt wurde wie im modernekritischen Radikalismus der Intellektuellen der »Konservativen Revolution«. In der Opposition gegen Weimar und Versailles, dem Verlangen nach einer starken, nicht parlamentarisch kontrollierten Regierung und

1 Klaus Behnken (Hg.), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, Frankfurt am Main 1980, März 1936, S. 310; April 1936, S. 465 u. 468 (im Folgenden: Sopade-Berichte).

dem Wunsch nach Wiedereinsetzung elitärer Strukturen gegen die nivellierenden Tendenzen des demokratischen Sozialstaates fand sich das Bürgertum im neuen Staat überwiegend gut aufgehoben und war bereit, die revolutionären Umtriebe der Nazis als Radikalismus des Überganges hinzunehmen.

Der Terror hatte sich in den Anfangsjahren des Regimes in erster Linie gegen dessen potentielle politische Gegner gerichtet. Die »KZs« waren nachgerade zum Kennzeichen nationalsozialistischer Herrschaft geworden, und Namen wie Dachau, später Buchenwald, Sachsenhausen oder Neuengamme gewannen im Land eine angsteinflößende Bekanntheit. Seit etwa 1936, als sich das Regime etabliert hatte und ein vernehmbarer politischer Widerstand nicht mehr bestand, änderte sich die Funktion der Lager; sie wurden zunehmend zu Orten der Aussonderung der »Gemeinschaftsfremden« aus der deutschen Volksgemeinschaft. Dieser Funktionswandel zielte auf eine Gesellschaft ab, die tendenziell keine Konflikte mehr kannte, weil die Träger der erblichen Veranlagung zu abweichendem und gesellschaftlich als »schädlich« empfundenem Verhalten ausgesondert, von der Fortpflanzung ausgeschlossen, schließlich »ausgemerzt« wurden. Diese Bestrebungen, abweichendes Sozialverhalten, Vererbung und ethnische Zugehörigkeit miteinander in Beziehung zu setzen, richteten sich in besonderer Weise gegen die »Zigeuner« genannten Sinti und Roma. Diese Gruppen, so urteilten die Erbbiologen, seien als »geschichts- und kulturlose Primitive« anzusehen, die nicht umerzogen, sondern nur »unschädlich« gemacht werden könnten.<sup>2</sup> Seit 1938 wurden daher mehr als 2.000 als »asozial« stigmatisierte deutsche und österreichische »Zigeuner« in die Konzentrationslager des Reiches eingewiesen. Am Vorabend des Kriegsausbruchs lag die Zahl der KZ-Insassen bei über 21.000. Der Anteil der »Politischen« unter ihnen betrug nur noch etwa ein Drittel.

Die Nationalsozialisten hatten ebenso wie ihr Führer in den Jahren vor der Machtübernahme keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die kleine jüdische Minderheit in Deutschland für einen Großteil der Probleme verantwortlich machten, denen sich die Deutschen gegenüber sahen. Zwar hatte die NSDAP-Führung die Zahl der extrem judenfeindlichen Ausfälle in den Wahlkämp-

fen der Jahre 1930 bis 1933 etwas reduziert, um auch Wähler über die antisemitisch Eingestellten hinaus zu gewinnen. Aber es war doch für jedermann offensichtlich, dass, wer die Hitlerpartei wählte oder mit ihr sympathisierte, damit die am stärksten anti-jüdische Gruppierung unterstützte, die in Deutschland je aufgetreten war.

Einer klaren Linie folgte die antijüdische Politik des Regimes zunächst aber nicht. Die Juden zu demütigen, sie aus einflussreichen Positionen zu verdrängen, ihr Vermögen an sich zu reißen und sie durch Gewalt und Drohungen zur Ausreise zu veranlassen – darin waren sich die Nationalsozialisten einig. Noch im Jahr 1933 verließen 37.000 Juden das Land. Bis Ende 1937 waren insgesamt 125.000, mithin etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Juden emigriert.

Wirtschaftliche Aspekte der Judenfeindschaft hatten bereits seit dem Aufkommen des modernen Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert eine besondere Bedeutung besessen. Die Widersprüche und Aporien des modernen Kapitalismus auf das Wirken einer kleinen Gruppe zurückzuführen, die sich in der Industrie, im Handel, im Bankwesen und in den freien Berufen als besonders erfolgreich erwiesen hatte und anscheinend über geheime Kanäle erheblichen Einfluss auf die Kräfte des Marktes besaß – dies war eine so verführerisch einfache Erklärung der ansonsten unverständlichen Bewegungen von Konjunktur und Kapitalmarkt, dass sie auch von solchen akzeptiert wurde, die sich selbst gar nicht als Antisemiten verstanden. Dabei war der wirtschaftliche Druck auf die Juden von Beginn an untrennbar mit Korruption, Bereicherung und Raub verbunden. Es waren meist Parteifunktionäre, oft aber auch Mitarbeiter oder Konkurrenten jüdischer Ladenbesitzer oder Handwerker, die mit Denunziationen und Gewalt versuchten, von deren wirtschaftlicher Enteignung zu profitieren.

Bemerkenswert war dabei die Parole, unter der die Enteignung des jüdischen Teils der deutschen Bevölkerung vollzogen wurde: »Wiedergutmachung«. Die Vorstellung war hier, dass die Juden sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg auf unerklärliche Weise an den Deutschen bereichert hätten. Man nehme sich jetzt nur, was einem sowieso gehöre, war die verbreitete Legitimation für den organisierten Raub. Damit konnte auch

der zuvor wirtschaftlich unterlegene Konkurrent sein Mitwirken an der Zerschlagung des erfolgreicherer jüdischen Textilgeschäfts rechtfertigen, um es dann für einen Spottpreis zu erwerben.

Gegenüber den großen jüdischen Unternehmen waren die Behörden und Parteidienststellen allerdings vorsichtiger, denn solche Betriebe zu schließen, hätte den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze bedeutet. Erst als sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland seit 1936 merklich zu bessern begann, wurde auch hier die Zurückhaltung aufgegeben. Nun schalteten sich auch die großen Banken und Versicherungen in die »Entjudung der deutschen Wirtschaft« ein, und die Finanzbehörden wurden zu den Zentralstellen der staatlichen Konfiszierung des jüdischen Eigentums.

Gegenüber öffentlichen Drangsalierungen der Juden verhielt sich die breite Bevölkerung indes eher indifferent. Man profitierte womöglich von der Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden, etwa wenn man auf den Platz eines jüdischen Vorgesetzten aufrücken oder das Geschäft eines jüdischen Konkurrenten übernehmen konnte. Aus gewaltsamen Übergriffen versuchte man sich hingegen herauszuhalten. Das galt insbesondere für die Pogrome des 9. November 1938, bei denen Tausende von jüdischen Geschäften und Wohnungen demoliert, Synagogen in Brand gesetzt wurden und mehr als 100 Juden umkamen. Nahezu alle örtlichen Parteistellen in Deutschland berichteten jedoch, dass die »Aktion in der Bevölkerung weitgehend auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen sei. Die Gestapo Bielefeld z.B. erhielt auf eine Rundfrage bei den örtlichen Polizeistellen ausschließlich negative Antworten: Das Vorgehen habe im Volke »Kopfschütteln und eisiges Schweigen« hervorgerufen«, hieß es dort. »Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat die Aktion gegen die Juden nicht verstanden und mit dem Hinweis verurteilt, daß Derartiges in einem Kulturstaate nicht vorkommen dürfe« – so der einhellige Tenor.<sup>3</sup>

Als das Regime daraufhin die Form der antisemitischen Politik modifizierte und statt der

Ausschreitungen des Straßenmobs eine stille, gesetzförmige, gleichwohl aber massiv verschärfte Politik gegen die Juden begann, die durch die Inhaftierung von mehr als 20.000 jüdischen Männern in Konzentrationslagern nach dem 9. November eingeleitet wurde, legte sich die Aufregung schnell. Verfolgung, sogar Mord an Juden, so lautete das Signal dieser Ereignisse an die Regimeführung, stieß in der Bevölkerung nicht auf Widerstand, wenn sie still, ohne Aufruhr und Sachbeschädigung und gewissermaßen legal stattfand.

Neben der wirtschaftlichen Erholung infolge der rapiden Aufrüstung waren es vor allem die außenpolitischen Erfolge, die vor 1939 die Zustimmung zum NS-Regime und vor allem zu Hitler persönlich ansteigen ließen. Der Einmarsch deutscher Truppen in das seit Kriegsende entmilitarisierte Rheinland, der »Anschluss« Österreichs, die Inkorporation des sogenannten Sudetenlandes – all diese außenpolitischen Coups liefen nach dem gleichen Muster ab: ein riskantes Vorpreschen Hitlers, die Angst vor der Reaktion der Westmächte, dann die enorme Erleichterung, schließlich die unbändige Begeisterung und eine Volksabstimmung, die mit 98 oder 99 Prozent Zustimmung endete. Die war zwar manipuliert, kennzeichnete aber doch die Begeisterung in großen Teilen der Bevölkerung über die erreichten Erfolge.

Der immer ausgedehntere Jubel, der Führerkult, die pompösen Aufmärsche und die Dauerpropaganda vermittelten den Eindruck, als stünde das ganze Volk geeint hinter Hitler und seinem Staat – und diesen Eindruck wollte das Regime ja auch vermitteln. Tatsächlich war wohl ein Teil derer, die 1933 noch gegen Nazis und DNVP gestimmt hatten, angesichts der wirtschaftlichen und außenpolitischen Dauererfolge ins Lager der Regimeanhänger gewechselt. Wichtiger war noch, dass es das Regime verstand, eine Atmosphäre des dauernden Ausnahmezustandes zu erzeugen, hervorgerufen durch die ständigen Großereignisse, bei denen sich Krisenangst und jubelnde Erleichterung abwechselten, wobei dem Führer, der diese Krisen vom Einmarsch im

2 Robert Ritter, Primitivität und Kriminalität, in: Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform 31 (1940), S. 198–210, hier S. 200 ff.

3 Antworten auf die Rundverfügung der Stapostelle Bielefeld, 14.11.1938, in: Otto D. Kulka u. Eberhard Jäckel (Hg.), Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, Nr. 357–370, S. 313–324.

Rheinland bis zum Münchner Abkommen ja erst hervorgerufen hatte, die Bewunderung und der Dank des Volkes zuflossen.

Nach dem Münchner Abkommen allerdings und noch mehr nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag im Frühjahr 1939 war zwar ein weiteres Mal der Umschlag von ängstlicher Spannung zu erleichterter Begeisterung festzustellen, von Kriegsbegeisterung aber war im Volk nichts zu spüren. Die NS-Führung realisierte, dass sie sich des Rückhaltes für ihre Kriegspolitik in der deutschen Bevölkerung nicht wirklich sicher sein konnte: Die Deutschen wollten keinen Krieg. Das nahm das Regime zum Anlass, die »Stimmung und Haltung« der Bevölkerung verstärkt zu überwachen, um auf Unzufriedenheit oder Missstände rasch reagieren zu können – sei es mit Repressionen, sei es mit sozialpolitischen Rücksichtnahmen. Die Arbeiterstreiks vom Januar 1918 waren noch in frischer Erinnerung.

So reagierten die Deutschen im September 1939 auf die Nachricht vom Kriegsbeginn eher bedrückt als begeistert. »Allgemein herrschte bei Kriegsausbruch furchtbare Angst«, notierte ein Beobachter der Sopade aus Südwestdeutschland. »Auch kritische Geister seien unsicher in der Beurteilung der Kriegschancen für Deutschland. Hitler habe bis jetzt immer Erfolge gehabt und man könne nicht wissen, wie die Sache diesmal ausgehen werde.« Wie schon bei den vorherigen militärischen Abenteuern wuchs jedoch die Zuversicht, als sich die Siegesmeldungen mehrten: »Jetzt fürchtet man den Krieg nicht mehr. Er erscheint jetzt viel weniger schrecklich [...]. Vielleicht gewinnen wir doch.«<sup>4</sup>

Der Krieg war das ureigenste Element des Nationalsozialismus. Nun ging es endlich nicht mehr darum, gegensätzliche Interessen und die schwierige Organisation einer vielgestaltigen modernen Industriegesellschaft mühevoll auszutarieren, sondern um Sieg oder Niederlage, Triumph oder Untergang. Alles schien nun nur noch einem einzigen Ziel untergeordnet zu sein, dem Sieg. Das vereinfachte alles und legitimierte alles. Widersprüche, Einwände oder Vorbehalte waren nun obsolet, und in einer solchen Situation der existenziellen Bedrohung setzte sich in der Regel der radikalste Vorschlag durch.

Das schlug sich zuerst in der deutschen Besatzungspolitik in Polen nieder, die keine Grenzen der Gewalttätigkeit mehr kannte. Hitler hatte seinen Generälen von Beginn an verdeutlicht, dass der Krieg gegen Polen nicht mit den bisher bekannten Methoden geführt werde: »Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. [...] Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Mill. Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.«<sup>5</sup> Bereits in den ersten Wochen und Monaten des Krieges wurden Tausende von Polen von den Einsatzgruppen aus SS und Gestapo erschossen, insbesondere Politiker, Intellektuelle, Geistliche. Über die jüdische Bevölkerung Polens ergoss sich eine Welle von Verfolgung und Diskriminierungen. Zehntausende wurden aus den westlichen Teilen des Landes in das neu geschaffene »Generalgouvernement« deportiert und dort in »Ghettos« untergebracht. Tausende von ihnen kamen dabei um.

Für die deutsche Bevölkerung allerdings standen die Siegesmeldungen und die Erleichterung über das schnelle Ende des Krieges gegen Polen im Vordergrund. Die deutsche Propaganda zeichnete das Bild eines von verschlagenen Juden beherrschten, primitiven und auf niedriger Zivilisationsstufe stehenden Landes, das dem Deutschen Reich fortan als Kolonialgebiet zu dienen habe. In welchem Maße diese Propaganda sich in der deutschen Bevölkerung verding, ist nicht messbar. Zweifellos knüpfte sie an schon lange bestehende antipolnische Ressentiments an. Allerdings wurden nun Hunderttausende, dann Millionen polnischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter ins Reich zur Arbeit gebracht, und mit ihnen etablierte das Regime auch im Reich eine strikte, nach rassistischen Kriterien vorgenommene Hierarchisierung. Die polnischen Zwangsarbeiter mussten ein spezielles Abzeichen an der Kleidung tragen, das signalisierte, dass es sich um Menschen minderen Rechtes handelte, die länger arbeiten mussten, weniger verdienten als die Deutschen und einem scharfen Polizeiregiment unterworfen waren. Die Differenzierung zwischen jenen, die zur deutschen Volksgemeinschaft zählten, und jenen, für die das nicht zutraf, wurde nirgends so deutlich und alltäglich spürbar wie beim »Ausländereinsatz«, dessen Höhepunkt im Sommer 1944 erreicht wurde, als

fast acht Millionen ausländische Zwangsarbeiter im Reichsgebiet eingesetzt wurden, von denen die meisten aus Polen und der Sowjetunion stammten. Den nationalsozialistischen Behörden bewies das Experiment des »Ausländer-einsatzes«, dem sie anfangs mit großer Skepsis gegenübergestanden hatten, dass eine rassistisch strukturierte Gesellschaft in Deutschland tatsächlich funktionierte.

Die Radikalisierung des Regimes bei Kriegsbeginn schlug aber auch auf die Deutschen selbst zurück. Im Oktober 1939 ordnete Hitler in einem auf den 1. September zurückdatierten Führererlass die Aussonderung und Ermordung Zehntausender psychisch Kranker an. Daraufhin wurden alle Anstalten für geistig Behinderte im Reich systematisch nach Insassen durchforstet, deren Zustand als erblich bedingt angesehen wurde. Die so ausgesuchten Patienten wurden in eine der sechs dazu bestimmten Krankenanstalten transportiert und dort in Gaskammern umgebracht. Die meist nichts ahnenden Angehörigen erhielten eine Mitteilung über den Tod ihrer Verwandten sowie eine Urne mit Asche. Bis zum August 1941 wurden insgesamt 70.273 Behinderte im Rahmen dieser sogenannten Aktion T4 ermordet. Damit war nicht nur eine weitere Stufe der Eskalation der Gewalt erreicht: Der nationalsozialistische Staat hatte damit begonnen, Tausende seiner Bürger zu ermorden – ein in der Geschichte außerhalb von Bürgerkriegen bis dahin präzedenzloser Vorgang.

Mit dem Sieg über Frankreich im Sommer 1940 veränderten sich die Ausgangsbedingungen. Jubel und Erleichterung in Deutschland waren so außerordentlich, dass alle Beschwerden und Unzufriedenheiten für eine Zeit zurückstanden. Das Trauma der Niederlage von 1918 war überwunden, und nie vorher und nie danach war die Zustimmung zu Hitler in der Bevölkerung so stark und einhellig wie in der Situation im Sommer 1940. In einem Bericht aus Augsburg hieß es: »Die ganze Nation ist nun von einem so gläubigen Vertrauen zum Führer erfüllt, wie dies vielleicht

in diesem Ausmaße noch nie der Fall war. Vor dieser Größe verstummt aller Kleinmut und alle Nörgelei.«<sup>6</sup> Auch die Militärs waren voller Bewunderung für Hitlers strategische Fähigkeiten, hatte dieser doch gegen die Auffassung der meisten Generäle den Angriff über die Ardennen durchgesetzt. Mit jedem weiteren »Feldzug« und jedem neuerlichen Sieg wuchs die Zuversicht, und selbst ein kritischer Geist wie der Historiker Friedrich Meinecke schrieb begeistert: »Freude, Bewunderung und Stolz auf dieses Heer müssen zunächst auch für mich dominieren. Und Straßburgs Wiedergewinnung! Wie sollte einem da das Herz nicht schlagen. Es war doch eine erstaunliche, und wohl die größte positive Leistung des 3. Reiches, in vier Jahren ein solches Millionenheer neu aufzubauen und zu solchen Leistungen zu befähigen.«<sup>7</sup>

Dieser Enthusiasmus wurde jedoch vor allem durch zwei Faktoren beeinträchtigt: Zum einen gelang es der deutschen Luftwaffe nicht, die britische Royal Air Force zu besiegen, die nach der »Luftschlacht um England« nun ihrerseits damit begann, deutsche Städte anzugreifen. Das war für die deutsche Bevölkerung eine neue Erfahrung, denn zwischen 1914 und 1918 hatte der Krieg deutsches Territorium bis auf kleinere Ausnahmen nicht erreicht. Die Luftangriffe wurden fortan in immer stärkerem Maße zur Bedrohung und begannen ab 1942, die Siegeszuversicht der Deutschen und auch ihr Vertrauen in das NS-Regime und die militärische Stärke der Wehrmacht zu unterminieren.

Zum anderen war die soziale Lage der Bevölkerung von Kriegsbeginn an ein steter Stein des Anstoßes. Zwar war der Lebensstandard in Deutschland bereits in den Vorkriegsjahren niedriger gewesen als in Westeuropa oder gar den USA. Nachdem sich aber die Lage seit Mitte der 1930er Jahre infolge der Rüstungskonjunktur gebessert hatte, führten die bei Kriegsbeginn verkündeten Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen zu erheblicher Unruhe in der Bevölkerung. Die Hoffnung der Regimeführung, der

4 Sopade-Berichte, August – Oktober 1939, S. 975–983.

5 Hitler zu den Befehlshabern der Wehrmacht am 22. August 1939, Mitschrift eines Teilnehmers, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Serie D: 1937–1941, Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 172.

6 Bericht des Kreisleiters von Augsburg, 9.7.1940, zit. n. Ian Kershaw, Hitler, Bd. 2: 1936–1945, Stuttgart 2000, S. 407.

7 Friedrich Meinecke an Siegfried A. Kaehler, 4.7.1940, in: Hans Herzfeld (Hg.), Friedrich Meinecke, Werke, Stuttgart 1957–1979, Bd. 6, S. 363 f., hier S. 364.

Beginn des Krieges und die Appelle an den Patriotismus würden Unmutsreaktionen in der Bevölkerung dämpfen, erwies sich aber als Fehlspekulation, sodass sich das Regime gezwungen sah, die Einschränkungen alsbald wieder aufzuheben.

Von der Nachricht über den Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion im Juni 1941 wurden die meisten Deutschen völlig überrascht. Anders als im September 1939 und bei den anderen »Feldzügen« reagierten sie nicht nur mit Bestürzung und Angst, sondern mit Entsetzen. Nachdem man nach dem Einmarsch in Paris im Grunde schon an das Ende des Krieges geglaubt hatte, befürchteten nun selbst die ganz Hitlerstreuen eine um Jahre verlängerte Dauer des Krieges. Sehr populär wurden jetzt die historischen Vergleiche mit Napoleons Niederlage in Russland. Und anders als bei den »Feldzügen« zuvor ebnete die sorgenvolle Stimmung auch nicht ab, als im Sommer 1941 die ersten großen Siege an der Ostfront gemeldet wurden. Das Frontgeschehen wurde nun noch aufmerksamer verfolgt, und die Sorge um die eigenen Angehörigen, die im Osten kämpften, rückte in den Mittelpunkt des Interesses. Das Eintreffen von Lazarettzügen in Deutschland etwa erregte große Aufmerksamkeit. Die Zahl der Gefallenen und Verwundeten nahm rapide zu. Der Krieg hatte nichts »Unwirkliches« mehr.

Neben den Meldungen von der Front galt die Hauptsorge in der Bevölkerung den Fragen der Lebensmittelversorgung, denn die Erinnerungen an die Hungerwinter im Ersten Weltkrieg waren noch frisch. Die Berichte der Exil-SPD meldeten, dass man im Land nun »viel mehr von Ernährungsfragen spricht als von der Politik. Jeder ist von der Sorge gehetzt, wie komme ich zu meiner Ration?«<sup>8</sup> Als im Frühjahr 1942 Rationen Kürzungen bekannt gegeben wurden, schien die Stimmung erstmals zu kippen. Diese Maßnahmen, berichtete der innenpolitische Geheimdienst der SS, der Sicherheitsdienst (SD), habe »auf einen großen Teil der Bevölkerung geradezu »niederschmetternd« gewirkt, und zwar in einem Ausmaße wie kaum ein anderes Ereignis während des Krieges«. Die Stimmung in diesen Bevölkerungskreisen sei »auf einem im Verlauf des Krieges bisher noch nicht erreichten Tiefstand angelangt. Die militärischen Meldungen der letzten Tage wurden durch die Bekanntgabe der Lebensmittel Kürzungen vollkommen in den Hintergrund gedrängt.«<sup>9</sup>

Die Kürzungen wurden daraufhin wieder rückgängig gemacht. Nichts beunruhigte die Regieführung so sehr wie aufkommende Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung. Das »Trauma« der Streiks von 1918 wirkte hier nach, und die Behörden taten alles, um eine Wiederholung einer solchen inneren Destabilisierung zu vermeiden. Hermann Göring, der die Rücknahme der Rationen Kürzungen bekannt gab, wies denn auch darauf hin, dass die Wehrmacht nun so große Gebiete in der Sowjetunion erobert habe, dass es zu Einschränkungen bei der Lebensmittelversorgung in Deutschland nie mehr kommen werde: »Zuerst und vor allem in der Stillung des Hungers und der Ernährung kommt das deutsche Volk. [...] Wenn aber durch Maßnahmen des Gegners Schwierigkeiten in der Ernährung auftreten, dann sollen es alle wissen: Wenn gehungert wird, in Deutschland auf keinen Fall!«<sup>10</sup> Offen spielte Göring hier auf den Zusammenhang zwischen der Versorgungslage im Reich und der deutschen Strategie in der Sowjetunion an, wo die Zivilbevölkerung und die sowjetischen Kriegsgefangenen millionenfach dem Hungertod preisgegeben wurden, um die Wehrmacht und die deutsche Bevölkerung zu versorgen.

Dass die Kriegsführung im Osten eine andere war als die im Westen, war jedem Deutschen bekannt, der auch nur eine einzige Hitlerrede im Radio gehört hatte. Die Wehrmacht, so der Eindruck, den man in Deutschland durch Zeitungen und Wochenschau, aber auch durch die Berichte der Fronturlauber erhielt, war hier von einem unzivilisierten Gegner zu einer barbarischen Kriegsführung gezwungen, über die man besser keine Einzelheiten erfuhr. Das galt in Sonderheit für die Besatzungspolitik in der Sowjetunion, über die höchstens insoweit geschrieben und gesprochen wurde, als man überzeugt war, dass die hier eroberten riesigen Gebiete nach Zivilisierung und Kolonialisierung durch die Deutschen geradezu verlangten. Die propagandistischen Zerrbilder von den »Russen« als unzivilisierte Wilde wurden dann zwar durch die Millionen von Zwangsarbeitern, die aus der Sowjetunion nach Deutschland gebracht wurden, zumindest in Frage gestellt, waren aber wirksam genug, um über das Vorgehen der deutschen Besatzungstruppen im Osten gar nichts Näheres wissen zu wollen: Krieg ist Krieg.

Anders verhielt es sich mit der Verfolgung der Juden. Schon die Zwangsdeportationen aus den deutschen Städten seit Herbst 1941 waren ebenso wie die Versteigerung des Besitzes der Deportierten in aller Öffentlichkeit durchgeführt worden. Überall hingen ja Plakate mit der Aufschrift: »Die Juden sind unser Unglück.« Ein Teil der Deutschen begrüßte die Deportationen, etwa als die Juden in Kolonnen durch die einzelnen Ortschaften zum Bahnhof gebracht wurden, nicht selten begleitet von johlenden Kindern und Jugendlichen. Das war vermutlich eine Minderheit, aber eine lautstarke. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung verhielt sich gegenüber den Deportationen zurückhaltend und reagierte gar nicht. Angesichts des Krieges und der riesigen Opferzahlen an der Front, angesichts der Bombenangriffe auf die deutschen Städte und der nach wie vor schwierigen Versorgungslage war das Interesse am Schicksal der Juden, von denen im Sommer 1941 ja nur noch etwa 130.000 in Deutschland lebten, offenkundig sehr gering.

Allerdings waren die führenden Nationalsozialisten mit Äußerungen über den Judenmord durchaus nicht so zurückhaltend, wie man später vermuten mochte. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels etwa schrieb am 16. November 1941, als in Berlin die Entscheidungen über das Schicksal der europäischen Juden gefällt wurden, in der Wochenzeitung *Das Reich* einen Leitartikel mit der Überschrift »Die Juden sind schuld« und bezog sich darin auf Hitlers »Propheseizung« im Reichstag am 30. Januar 1939, als der gedroht hatte, dass ein erneuter Weltkrieg zur »Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa« führen werde. Goebbels schrieb dazu: »Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung, und es erfüllt sich damit an den Juden ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist [...]. Das Weltjudentum erleidet nun einen allmählichen Vernichtungsprozeß, den es uns zugegredacht hatte.«<sup>11</sup> Seit Ende 1941 wurde dann der Strom der Information über die Geschehnisse in der Sowjetunion breiter, insbesondere durch Berichte der Fronturlauber. Vor allem die Hinwei-

se auf Massenerschießungen von Juden und auf Tötungen mit Gas verbreiteten sich rasch.

Um aber die vielen einzelnen Informationen zu einem Gesamtbild zusammzusetzen, bedurfte es eines besonderen Interesses, darüber mehr zu erfahren. Wer ein solches Interesse besaß, konnte bereits seit Herbst 1942 über das Geschehen in Osteuropa recht genaue Kenntnisse erlangen und auch die Größenordnungen des Massenmordes erahnen. Aber das taten nur wenige, wohl auch, weil die Gerüchte darüber so furchtbar waren, dass es leichter war, sie zu verdrängen oder sie für unglaubwürdig zu halten. Wenn man jedoch bedenkt, dass in den deutschen zivilen und militärischen Besatzungsverwaltungen in Europa mehrere Zehntausend Menschen mit den Deportationen und der Ermordung der Juden direkt oder indirekt beschäftigt waren, so ist die Vorstellung, es habe sich hierbei um ein nur von wenigen Auserwählten geteiltes Geheimnis gehandelt, einigermaßen abwegig. Jedoch war die Hinschlachtung von Tausenden und Zehntausenden Juden, überwiegend Kindern, Frauen und Alten, bereits während des Krieges mit einer Aura des Unheimlichen und Furchtbaren verbunden, über das man besser schwieg oder das man verdrängte.

Die Hauptsorge der meisten Deutschen galt hingegen während des Krieges dem eigenen Fortkommen und dem Bestreben, das nach Jahrzehnten der Entbehrenungen nun endlich erreichte »normale« Leben mit Arbeitsplatz, festem Einkommen und einer gewissen Zuversicht festzuhalten und sich nicht durch die Begleitumstände des Krieges zerstören zu lassen. Die Zahl der Urlaubsreisen nahm weiter zu, die Kurorte und Seebäder meldeten hohe Zuwachsraten. Restaurants und Bars waren voll, Tanzvergnügen und Revuen ausverkauft. Den Krieg verdrängte man, so gut es ging.

Seit der Jahreswende 1942/43 aber begann die Stimmung der deutschen Bevölkerung allmählich umzuschlagen – die immer gravierenderen

8 Sopade-Berichte, August – Oktober 1939, S. 975–983; Januar 1940, S. 29 f.

9 Hein Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, 1938–1945, Herrsching 1984, Bd. 9, 23.3.1942, S. 3505.

10 Rede Hermann Görings, 4.10.1942, abgedr. in: Götz Aly (Hg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Bonn 2006, S. 149–194, hier S. 155.

11 Joseph Goebbels, »Die Juden sind schuld!«, in: *Das Reich*, 16.11.1941.

Bombenangriffe sowie die Rückschläge an der Ostfront, vor allem in Stalingrad, ließen die Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende geringer werden. So reduzierte sich die soziale Wahrnehmung der Deutschen immer stärker allein auf die eigene Existenz, auf das eigene Überleben und das der Männer, Brüder und Väter an der Front. »Die Einstellung eines Großteils der Bevölkerung«, resümierte der SD zum dritten Jahrestag des Kriegsbeginns im Herbst 1942, sei »vielfach durch eine gewisse Resignation gekennzeichnet, die teilweise sogar in stärkerem Maße Anzeichen einer Kriegsmüdigkeit zeigt. Die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten, drei Jahre Einschränkungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens, die an Heftigkeit und Umfang ständig zunehmenden feindlichen Luftangriffe, die Sorge um das Leben der Angehörigen an der Front« seien Faktoren, die »immer mehr den Wunsch nach einem baldigen Kriegsende auftreten lassen«. <sup>12</sup>

Das konnte gleichwohl mit fortgeltenden Hoffnungen auf »Vergeltung« und »Endsieg« durchaus einhergehen. Zwar verzeichnete der SD in wachsendem Maße kritische Bemerkungen über das Nazi-Regime und seine Funktionäre. Der Führer-Mythos aber war noch wirksam; Hitler trauten die Deutschen nach wie vor beinahe alles zu. Auch die von der deutschen Propaganda systematisch geförderte Angst vor der Roten Armee band viele noch stärker an das Regime, »Kraft durch Furcht« wurde das halb spöttisch, halb ernst genannt. Sehr auffällig war dabei, wie oft in der Bevölkerung darüber spekuliert wurde, dass »die Terrorangriffe eine Auswirkung der durchgeführten Maßnahmen gegen die Juden« seien und dass, »wenn wir die Juden nicht so schlecht behandelt hätten, wir unter den Terrorangriffen nicht so leiden müßten«. Solche Hinweise deuten noch auf eine andere Quelle der Loyalität: auf das Wissen oder doch die dumpfe Ahnung von dem, was »im Osten« geschah, auf die Befürchtung, nun dafür mitverantwortlich gemacht zu werden – und auf die Überzeugung, hinter den Kriegsgegnern Deutschlands steckten doch irgendwie die Juden. <sup>13</sup>

So traten bei vielen Deutschen Kriegsmüdigkeit und zunehmende Entpolitisierung einerseits, »Kraft durch Furcht« und Führervertrauen andererseits gleichermaßen und gleichzeitig auf. Dabei verloren Einstellungen und Verhalten

der Bevölkerung während des Krieges mehr und mehr ihren Bezug zu den sozialen, politischen und zum Teil auch regionalen Zugehörigkeiten. Das hatte viele Ursachen: die fortschreitende Zerstörung der Wohnviertel in den Städten, die Umwälzung der Belegschaften durch Einberufungen zum Militär und Ausländereinsatz, der jahrelange Kriegseinsatz der Männer in sozial durchmischten Wehrmachtseinheiten, Dienstverpflichtungen und Evakuierungen der Frauen und auch die Rationierung des Mangels. Die Bindung an die Klasse und das Sozialmilieu, denen man zugehörte, verlor dabei nicht völlig, aber doch zunehmend an Bedeutung. Stattdessen formten sich Schicksalsgemeinschaften, deren Ergehen von geografischen, militärischen, politischen Faktoren abhängig war, und nicht zuletzt vom Zufall.

Das NS-Regime reagierte auf Bedrohungslagen seit der Niederlage in Stalingrad mit der weiteren Erhöhung der Kriegsproduktion, mit Kampagnen zur »Totalisierung« des Krieges und mit einer spürbaren Verschärfung der Unterdrückungspolitik auch in Deutschland. Die Zahl der Bestrafungen von »Defätisten« und »Miesmachern« nahm seit 1943 deutlich zu. Die Zahl der Todesurteile vervielfachte sich – von 926 im Jahre 1941 auf 5.336 im Jahre 1943. <sup>14</sup> Schon wegen kritischer Bemerkungen über das Regime oder skeptischer Äußerungen über den Kriegsverlauf wurden nun viele Menschen zum Tode verurteilt. Zwar waren auch weiterhin mehr als drei Viertel aller Aktivitäten der Gestapo gegen die ausländischen Zwangsarbeiter gerichtet, in denen man in zunehmendem Maße eine Gefahr für die innere Sicherheit sah. Aber spätestens seit Mitte 1943 war der Terror des Regimes auch in der deutschen Bevölkerung wieder sehr deutlich spürbar.

Im Osten wurde die deutsche Zivilbevölkerung Opfer der verheerenden Vergeltungswut der sowjetischen Truppen, die fast zwei Jahre lang mehr als 1.500 km durch die zuvor von der Wehrmacht besetzten und auf dem Rückzug weitgehend zerstörten westlichen Gebiete der Sowjetunion marschiert waren und nun, als sie die deutsche Grenze in Ostpreußen überschritten, ein unzerstörtes, reiches Land betraten und Rache an den Deutschen nahmen. Überall in Europa flüchteten die Deutschen ins Reichsgebiet – aus der Slowakei, aus Kroatien und Jugoslawien,

aus Rumänien; dann vor allem aus den östlichen Regionen Deutschlands. Ein monate-, zum Teil jahrelang dauernder Exodus setzte ein, insgesamt mussten etwa 13 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen. Die Zahl der dabei Umgekommenen ist schwer zu ermitteln, liegt aber nicht unter einer Million.

Der Zerfall des Führerstaates in der letzten Kriegsphase ging mit der Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen und verstärkter Willkür einher. Die Gewalt durch Gestapo, NS-Aktivistinnen oder sogar durch Trupps von Hitlerjungen wurde nun zur jederzeit spürbaren und für die Einzelnen kaum noch berechenbaren Bedrohung. Das galt für Soldaten wie für Zivilisten und beschränkte sich nicht mehr auf den Kreis der »Gemeinschaftsfremden« oder der politischen Gegner wie noch Monate zuvor. Aber auch die Zahl derer, die sich berechtigt sahen, den Durchhalteterror auszuüben, erhöhte sich dramatisch. In den letzten Kriegsmonaten und -wochen wurden überall fliegende Standgerichte aufgestellt, die der Desertion verdächtige Soldaten ohne lange Beweisführung öffentlich erhängen ließen. Zivilisten, die beim Herannahen fremder Truppen etwa die Kapitulation ihres Ortes forderten oder auch nur Zweifel am Endsieg äußerten, wurden hingerichtet – mit einem Pappschild um den Hals, auf dem stand: »Wegen Feigheit zum Tode verurteilt.«<sup>15</sup>

In ganz Deutschland kam es in den letzten Kriegswochen zu Massakern an ausländischen Zwangsarbeitern – wegen tatsächlicher oder vermuteter Plünderungen oder als »Rache« für die Bombardierung deutscher Städte. Oft aber trat hier auch ein Habitus der Apokalypse hervor: Wenn man schon selbst unterging, wollte man vorher noch so viele »Feinde« töten, wie man nur konnte, und seien es wehrlose »Ostarbeiter«. Am schrecklichsten aber traf es die KZ-Häftlinge. Im Januar 1945 waren mehr als 700.000 Häftlinge registriert, von denen ein Großteil angesichts der nahenden Fronten in

rückwärtige Konzentrationslager gebracht werden sollten. So mussten sich Zehntausende von Häftlingen in Fußmärschen und auf Bahntransporten so schnell wie möglich ins Reichsinnere bewegen. Mehr als die Hälfte der evakuierten Häftlinge kam bei diesen Todesmärschen ums Leben, sei es durch Ermordung oder durch Erschöpfung und Krankheiten.

Die Gewalt war von Beginn an das Kennzeichen des NS-Staates, und mit dem Krieg waren alle noch hemmenden Gegenkräfte weggefallen. Der zehntausendfache Mord an Behinderten in Deutschland hatte bereits früh und nahezu öffentlich die Bereitschaft des Regimes zu staatlichem Massenmord offenbart. Die Umsiedlungspolitik in Polen, die Verfolgung der Juden in ganz Europa, die kolonialistische Vernichtungs- und Hungerpolitik in der Sowjetunion, schließlich die Ingangsetzung des Genozids an den europäischen Juden bezeichnen die Stationen einer Mordpolitik, die alle bisher gekannten Dimensionen überstieg. Dabei entwickelte sich eine Art von Komplizenschaft zwischen der NS-Führung und Teilen der deutschen Bevölkerung, die sich aus dieser Verbindung bis zum Schluss nicht lösen konnte. Das Ausmaß der Zerstörung, die Zahl der Ermordeten und Gefallenen, der Verstümmelten und Verwundeten, der Unbehausten, der Flüchtlinge, der Waisen am Ende des Krieges war historisch ohne Beispiel. Europa war vom Atlantik bis zur Krim zu großen Teilen verwüstet. Am Ende fiel das Inferno der Gewalt auch auf die Deutschen selbst zurück.

#### Ulrich Herbert

Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg

12 Boberach, Meldungen, Bd. 11, 3.9.1942, S. 4164.

13 Berichte des NSDAP-Kreisschulungsamts Rothenburg/T., 22.10.1943, und der SD-Außenstelle Schweinfurt, o.D., 1944, in: Kulka u. Jäckel (Hg.), Juden, S. 532, S. 537.

14 Nikolaus Wachsmann, Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006, S. 195–239, S. 451.

15 Himmler, 3.4.1945, zit. n. Elisabeth Kohlhaas, »Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen.« Durchhalteterror und Gewalt gegen Zivilisten am Kriegsende 1945, in: Cord Arendes, Edgar Wolfrum u. Jörg Zedler (Hg.), Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006, S. 51–79, hier S. 65.